

ESSAY

FETISCH TRANSPARENZ

DIE WELT MUSS DEN UMGANG MIT MEHR OFFENHEIT ERST NOCH LERNEN.

VON STEFAN NIGGEMEIER

Mit der „Timeline“ wäre das nicht passiert. Timeline? Mit diesem neuen Angebot ermöglicht es Facebook seinen Nutzern, noch mehr von sich preiszugeben. In einer Chronik können sie neuerdings ihre Lebensgeschichte erzählen und sie mit Links und Fotos verknüpfen.

Wenn die Piratenpartei ihre Leute eine solche Timeline ausfüllen ließe, hätte es nicht diese peinlichen Enthüllungen gegeben: Zwei Kreisvorstände mussten zurücktreten, nachdem herausgekommen war, dass sie sich früher in der NPD engagiert hatten. Eine Timeline würde eine solche Vergangenheit anzeigen, und sei es nur mit Hilfe der früheren Liebingsmusikgruppen.

Es ist kein Wunder, dass sich in einer Partei, die so jung und unfertig ist wie die Piratenpartei, auch Menschen mit zweifelhaftem Hintergrund engagieren. Bemerkenswert ist aber die Ironie, dass es in einer Bewegung, deren zentraler Begriff die Transparenz ist, Leute gibt, die meinen, so etwas wie die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei nicht offenlegen zu müssen. Jetzt diskutiert die Parteispitze, wie mit ehemaligen NPD-Mitgliedern umzugehen sei: ob man „Jugendsünden“ verzeihen können oder sich streng gegen (ehemalige) Verfassungsfeinde abgrenzen muss.

Eine Partei, die an die Segnungen von Transparenz glaubt, könnte natürlich auf eine grundsätzliche Antwort verzichten: Wenn die Vorgeschichte eines jeden Kandidaten einsehbar wäre, könnte jeder Wähler auf der Grundlage dieser Fakten selbst bestimmen, ob er ihm trotzdem seine Stimme gibt.

Ist es so einfach? Müsstest wir nur alles übereinander wissen, um die besten Entscheidungen treffen zu können? Und könnten wir überhaupt mit all diesen Informationen umgehen? Transparenz ist in Mode. Dabei ist die Idee natürlich nicht neu und Grundlage unseres gesamten Systems: Wissen ist die Basis von Entscheidungen. Neu ist die Möglichkeit, viel mehr Menschen dieses Wissen zugänglich zu machen.

Transparenz ist attraktiv. Deshalb spielen Unternehmen Transparenztheater. Die Firma Kamps etwa baut ihre Filialen in „Backstuben“ um, so dass man den Bäckern beim Brotbacken zugucken kann. Das soll Vertrauen wecken; Arbeit und Ambiente suggerieren ehrliches Handwerk. In Wahrheit ist der scheinbare Blick hinter die Kulissen eher ein Blick auf eine Fassade, die den Einblick vortäuscht: Die Mitarbeiter backen auch nur fertig angelieferte Teiglinge auf.

Das wäre ein Traum für alle Mächtigen, wenn sich das Bedürfnis der Menschen nach Transparenz einfach mit ein paar Durchsichtigkeitsattrappen befriedigen ließe. Wahre Transpa-

renz aber tut weh. Sie strebt danach, ein Prinzip zu sein – nicht nur das gelegentliche Ergebnis einer Risikoabwägung, wie groß die Chance ist, etwas geheim halten zu können, und wie groß der Schaden, wenn es doch herauskommt.

Der amerikanische Journalistikprofessor Jeff Jarvis hat ein Plädoyer dafür geschrieben, sich mehr Öffentlichkeit zu trauen – privat, im Staatswesen, im Geschäftsleben. In seinem Buch „Public Parts“ erwähnt er, wie sich die Bank of America Anfang dieses Jahres mit der Einrichtung eines War Rooms auf die erwartete Veröffentlichung von Geheiminformationen durch WikiLeaks vorbereitet habe. Er argumentiert, letztlich gebe es nur eine vernünftige Konsequenz aus der wachsenden Gefahr von Enthüllungen: einfach nichts tun, wofür man sich schämen müsste.

Das ist, im Kern, das Heilsversprechen der Transparenz. Der Koch, dessen Küche vom Gastraum aus einsehbar ist, spuckt nicht in die Suppe. In einer transparenten Welt gibt es keine Kungeleien, keine krummen Tricks und keine dubiosen Geschäfte. Wer im Zweifel zu dem, was er tut, öffentlich stehen muss, tut im Zweifel nichts, wozu er öffentlich nicht stehen kann. Eine transparente Welt ist eine gute Welt.

Das ist ein sehr schlechtes, ein technizistisches Denken und Menschenbild. Die Sache ist komplexer, als Pavel Mayer zu glauben

scheint, ein Mitglied der neuen Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus: „In einer Gesellschaft, in der ich leben möchte“, schrieb er in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine“, „kann da, wo der materiell Starke und Mächtige dem Schwachen gegenübertritt, der Schwache den Schutz des Geheimnisses beanspruchen. Der Starke ist demgegenüber in der Pflicht, sich allein durch objektives und transparentes Handeln zu rechtfertigen.“

Die Grenzen dieser Gut-Böse-Logik legte einer der früheren NPD-Männer seiner Partei mit entwaffnender Naivität offen: Bis zu seiner Wahl als Pirat in den Kreistag habe er den Schutz seiner Privatsphäre als höherwertig angesehen, erst danach schulde er der Öffentlichkeit „natürlich“ Transparenz.

Es gibt gute Gründe dafür, Offenheit zur Regel zu machen und Geheimhaltung zur Ausnahme – sogar im Privatleben. Aber es gibt Anlass, dem Heilsversprechen der Transparenz zu misstrauen und daran zu zweifeln, dass mehr Informationen wirklich automatisch zu mehr Wissen führen.

Der amerikanische Jurist Lawrence Lessig, ein Kämpfer für Offenheit, hat vor zwei Jahren in dem Aufsatz „Against Transparency“ Beispiele genannt. Ein Projekt, das die Wahlkampf-



Parteitag der Piratenpartei

Mehr Informationen führen nicht automatisch zu mehr Wissen.

spenden an Abgeordnete mit ihrem Abstimmungsverhalten verglich, bestätigte zunächst scheinbar die schlimmsten Vorurteile: Es ergab sich etwa ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu einem Energieindustrie-freundlichen Gesetz und Zuwendungen durch diese Industrie. Doch dass die bloßen Daten auf den ersten Blick die Vorurteile bestätigten, war kein Zufall: Diese Vorurteile gaben nämlich die Interpretation als Kausalzusammenhang vor. Dabei war, wie Lessig ausführt, die Richtung gar nicht klar: Stimmen Abgeordnete für ihre Geldgeber, oder bekommen sie Geld von Leuten, deren Interessen sie vertreten? Ob die Spenden konkretes Abstimmungsverhalten verändert haben, können die Zahlen nicht sagen.

Die Datenauswertung suggeriert nicht nur einen Zusammenhang, den es nicht gibt. Sie suggeriert auch eine Objektivität, die es nicht gibt. Es handelt sich nur scheinbar um reine Fakten.

Das Problem mit der Transparenz sind nach Lessigs Meinung ihre „strukturellen Unterstellungen“: die fortwährende implizite Annahme, dass eine Sache stinkt – was manchmal stimmt, aber eben nicht immer.

Man kann sich vorstellen, wie jedes veröffentlichte Dokument, in dem es um Geld geht, jeder Vertrag sofort skandalisiert wird – sei es aus Unwissen, beeinflusst von interessierter Seite oder einfach, weil Vorurteile unseren Blick einfärben. Eine Veröffentlichung der angeblichen Summen, die ARD-Stars bekommen, ist automatisch ein Aufreger – obwohl in der Diskussion regelmäßig übersehen wird, ob es sich um Moderationshonorare handelt oder ob von dem Geld die ganze Produktion beglichen werden muss.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind perfekte Beispiele für Institutionen, die es sich und uns schuldig sein sollten, möglichst viele Informationen offenzulegen. Aber diese Transparenz allein garantiert keinesfalls eine informiertere, sachlichere Debatte über ARD und ZDF. Es wäre eine Aufgabe professioneller Journalisten, den Kontext und die fundiert recherchierte Interpretation zu rohen Daten zu liefern. Die Medien aber sind besonders schlecht auf den Umgang mit Transparenz vorbereitet.

Die hochtourig laufende Nachrichtenmaschinerie ist zuverlässig unzuverlässig im Umgang mit Daten. Die Versuchung ist groß, einfach die schlagzeilenträchtigste Interpretation zu wählen. Das Skandalraunende, das der Transparenz innewohnt – Journalisten schaffen es mindestens so gut wie wutwillige Bürger, genau das zu hören.

Die Veröffentlichung von Vorgängen, die bislang hinter geschlossenen Türen stattfanden, befriedigt auf verhängnisvolle Weise das Unterhaltungsbedürfnis der Medien. Die Piraten erleben das gerade bei ihren öffentlichen Fraktionssitzungen in Berlin: Für die Medien ist es vor allem Spektakel. Das Transparentmachen des politischen Entscheidungsprozesses führt nicht zur fundierteren Auseinandersetzung mit den Inhalten, sondern zu einer stärkeren Fixierung auf die Inszenierung.

Jedes Ringen um eine Position, eigentlich das Wesen von Demokratie, lässt sich medial als Streit und Schaukampf darstellen – auch in dieser Hinsicht wohnt der Transparenz der Hang zur Skandalisierung inne. Am Ende steht ganz pragmatisch die Frage, ob eine Partei, eine Organisation, eine Firma

in unserer Medienwelt nicht besser ankommt, der es gelingt, Entscheidungsprozesse geräuschlos hinter geschlossenen Türen zu organisieren und nach draußen nur das Ergebnis zu kommunizieren und Einigkeit zu demonstrieren.

Das ist nicht wünschenswert. Aber alles andere verlangt einen fundamental anderen Umgang mit Transparenz – auch durch Medien und das Publikum. Jeff Jarvis erkennt das an, wenn er fordert, dass Staatsdiener eine „Lizenz zum Misslingen“ brauchen. Das Recht, Fehler zu machen, ist eine Voraussetzung dafür, Dinge in der Öffentlichkeit zu tun. Das ist ein Paradox der Transparenz: Je größer die Zahl der Informationen, die uns zur Verfügung stehen, umso wichtiger ist es, dass wir lernen, sie zu ignorieren, zu verzeihen und zu vergessen.

Auf dem Internetangebot abgeordnetenwatch.de, wo Bürger öffentlich Fragen an Bundes- und Landtagsabgeordnete stellen können, kann man Zeuge eines Kulturkampfes werden. Beim Versuch, das Projekt auf Kommunen und Kreistage auszuweiten, stieß abgeordnetenwatch.de auf Widerstände: Einige Kommunalpolitiker fanden schon die Aufnahme ihres Namens als Zumutung und Rechtsbruch. Natürlich seien sie bereit, sich den Fragen von Bürgern zu stellen, persönlich, telefonisch, per Fax. Aber nicht öffentlich, im Internet, ohne Kontrolle darüber, wer welche Fragen stellt.

Das spricht für ein bestürzendes Selbstverständnis von Menschen, die das Volk vertreten sollen. Aber tatsächlich verändert sich ein Gespräch, wenn es öffentlich stattfindet. Ein Dresdner Stadtrat kommentierte: „Selbstverständlich erkenne ich, dass ich nicht in einem persönlichen Gespräch mit einer Bürgerin oder einem Bürger agiere, wo mir ein Irrtum verziehen wird oder ich mir auch Zweifel leisten kann, sondern ich hier auf der öffentlichen Bühne antworte. Das wird ganz selbstverständlich meine Antwort beeinflussen. Es entsteht sozusagen eine Transparenz durch die Milchglasscheibe.“

Bürger und Medien, die sich einerseits eine möglichst authentische, freie, unverstellte Rede wünschen, stürzen sich andererseits auf jeden dadurch sichtbar werden den Widerspruch, jeden Ausrut-

scher und jeden Fehler. Dabei tun sich deutsche Medien selbst immer noch besonders schwer damit, ihre eigene Verantwortung anzuerkennen und offen Rechenschaft abzulegen. Selbst Mindeststandards der Transparenz wie der offene Umgang mit eigenen Fehlern oder das Angeben von Quellen sind keine Selbstverständlichkeit.

Die britische Tageszeitung „The Guardian“ startete vor zwei Wochen ein Experiment: Sie veröffentlicht täglich auf ihren Internetseiten, an welchen Themen ihre Reporter und Redakteure sitzen, damit die Leser ihnen Anregungen geben können. Man kann das als Gimmick abtun und als Zeichen, in welchem Maße Transparenz Mode geworden ist. Und tatsächlich lasen sich die konkreten positiven Wirkungen eher überschaubar, als das Blatt nach einer Woche erste Bilanz zog.

Aber vielleicht ist das der falsche Blick. Vielleicht geht es in erster Linie darum, Dinge auszuprobieren, an einer neuen Kultur zu arbeiten, die Angst zu verlieren und zu sehen, was eigentlich passiert, wenn man plötzlich Dinge, die selbstverständlich intern waren, in aller Öffentlichkeit tut.

So gesehen war es ein wichtiges positives Fazit, das der „Guardian“-Inlandschef zog: „Der Himmel ist nicht eingestürzt.“ ♦



Sitzungssaal im Berliner Regierungsviertel

Staatsdiener brauchen eine „Lizenz zum Misslingen“.